

## Kultur für alle Menschen

**Patrik Köbele: „Kulturhauptstadt 2010“ darf nicht zu Events und Großprojekten verkommen, sondern auch den Bürgern einen Nutzen bringen!“**



- **Komplex Twentmannhalle unter Denkmalschutz!**
- **Schulbücher für alle Kinder im Ruhrgebiet!**
- **Stadtteilbibliothek Essen-Steele wiedereröffnen!**

Patrik Köbele, der Ratsherr der DKP, hat drei Projektanträge im Rahmen der „Kulturhauptstadt 2010“ gestellt. Demnach soll zum einen die Twentmannhalle als ganzer Komplex renoviert werden. Zum zweiten erachtet er die Finanzierung der Schulbücher für alle Schülerinnen und Schüler in NRW als eine unerlässliche Bedingung für die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit. Zum dritten betrachtet er die Wiedereröffnung der Stadtteilbibliothek Essen-Steele zur Förderung des Bildungs- und Kulturguts für alle Menschen in dem Stadtteil unbedingt erforderlich.

### **Teilhabe am kulturellen Leben sichern**

Alle drei Projekte stehen unter dem Motto: „Kultur für alle Menschen“. Die Renovierung des Komplexes „Turnhalle Twentmannstraße“ hat, so der Ratsherr Patrik Köbele, architektonische, sozialhistorische und integrative Bedeutung für Menschen mit Migrationshintergrund.

Durch die Umsetzung des neuen Schulgesetzes wurde die Finanzierung der Schulbücher auf die Eltern umgewälzt. Dies führte dazu, dass viele tausend Schüler plötzlich ohne angemessene Lernmittel dastanden, weil ihre Eltern finanziell nicht in der Lage waren, die erforderlichen Schulbücher zu finanzieren. Patrik Köbele zufolge ist das ein unakzeptabler Zustand.

Die Bildung ist ein allgemein anerkanntes soziales Gut und Bestandteil der Kultur. Deshalb dürfe sie nicht dem Zufallsprinzip überlassen werden.

Durch die Finanzierung der Schulbücher soll die Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben der Gesellschaft gesichert werden. Zu diesem Zweck diene auch die Wiedereröffnung der in 1997 geschlossenen Stadtteilbibliothek Essen-Steele. Sie würde nämlich wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Büchern und neuen Medien sicherstellen.

## **Gib Nazis keine Chance nonpd NPD-Verbot – jetzt!**

Vor 60 Jahren hatten Widerstandskämpfer, Verfolgte des Naziregimes die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) gegründet.

Niemals hätten sie erwartet, auch heute noch gegen eine neofaschistische Partei kämpfen zu müssen.

Die NPD-Essen plant für den 21. April 2007, um 11.00 Uhr eine Kundgebung in der Ein-

kaufsstraße Essen-Borbeck dies gilt zu verhindern. Mit der Kampagne „NPD-Verbot-jetzt“ wendet sich die VVN/BdA in einem Brief an die Abgeordneten des Bundestages, das Verbot der NPD einzuleiten.

Unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift die Forderung nach Verbot der NPD. Mehr über die Kampagne können Sie über [www.NPD-VERBOT-JETZT.DE](http://www.NPD-VERBOT-JETZT.DE) erfahren.

### **Kurz&knapp**

#### **Erste Erfolge gegen Harmuth**

Der Widerstand der Bürger und die Beantragung der Behandlung dieses Themas durch die Fraktion Die Linke./DKP/AUF im Essener Stadtrat, hat CDU und Grüne unter Zugzwang gesetzt. In dem gemeinsamen Antrag vom 22.03.2007 fordern sie jetzt die energetische Verwertungs- und Verbrennungsanlage Harmuth abzulehnen.

Auf Grund der vielen Einwendungen gegen die EVA Harmuth, ist der Erörterungstermin nunmehr auf den 25.4.07 verschoben worden.

**Geladen wird nun am Mittwoch, 25. April, um 10:00 Uhr in den Prensés-Palace, Rund 4000 teilweise sehr umfassende Einwendungen liegen vor.**

Nach Prüfung der Einwendungen und der Stellungnahmen der Fa. Harmuth wird die Bezirksregierung Düsseldorf zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob die energetische Verwertungsanlage (EVA) im Stadthafen errichtet und betrieben werden darf.

#### **Marxistische Bildung Risikokapitalismus – auf dem Wege in die Armutsgesellschaft**

Mittwoch 25.04.2007, 19.30 Uhr  
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee  
100. Referent: Werner Seppmann

# Widerstand gegen lächerliche „Konzernziele“ und „Masterpläne“ ist nötig

Interview mit dem Ratscherrn der DKP Patrik Köbele :



DKP-Ratscherr Patrik Köbele legt gegen Bau und Betrieb der energetischen Verwertungsanlage Harmuth (EVA Harmut) im Essener Stadthafen Einspruch ein.

Patrik, Essens regierende Parteien erklären den Umweltschutz zum „Konzernziel“.

Das scheint ja eine gute Sache zu sein. Was aber hast Du daran auszusetzen?

Mich stört schon der Name, unsere Stadt soll kein Konzern sein, was Menschen von Konzernen zu erwarten haben, das erlebten zum Beispiel die Mitarbeiter von BenQ oder

die Mieter von Immeo und Viterra. Gegen die Vorlage „Konzernziele Umweltschutz habe ich aber gestimmt, weil sie schöne Ziele verkündet und gleichzeitig in unserer Stadt massivste Umweltzerstörung läuft. Ich meine die Planungen von Harmuth (Müllverbrennung), Olsberg (Giftschredder) und A52. Schöne Ziele zu beschließen und gleichzeitig solche Pläne zuzulassen oder zu fördern ist Heuchelei, die mache ich nicht mit.

*Die Menschen wünschen sich eine Verbesserung ihrer Umwelt, Reduzierung von Feinstaubbelastung und den Schutz vor Zunahme und Ansiedlung weiterer krankmachender Faktoren und Betriebe in den Wohngebieten. Kann man den Bürgern Hoffnung machen?*

Nicht, wenn Sie das der Politik der Ratsmehrheit von CDU, FDP und Grünen, oder der SPD überlassen. Hoffnung gibt es nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich wehren und damit diese Pläne zur weiteren Zerstörung unserer Umwelt verhindern. Viele Menschen haben begonnen dagegen Widerstand zu leisten, das ist der Hoffnungsschimmer den es gibt. Die DKP und unsere Ratsfraktion Linke./DKP/AUF werden sie dabei unterstützen – im Rat und auf der Straße.

## Kreisdelegiertenkonferenz der DKP Essen 11.02.2007:

### Essener Norden: „Müllregion der Republik“ verhindern!

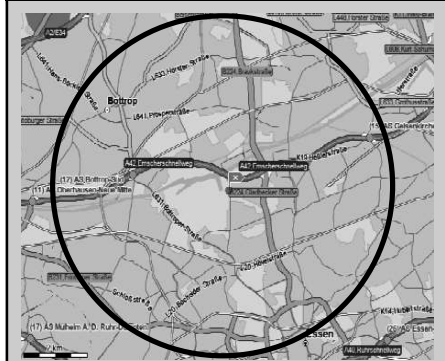
Die DKP lehnt den von der Firma Harmuth Dokument Ex GmbH geplanten Bau der so genannten Energetischen Verwertungsanlage im ohnehin schon stark belasteten Essener Norden ab.

Die DKP wendet sich gegen den erneut erkennbaren Versuch, die Emscherzone zur Müllregion der Republik zu machen und

damit auch gegen den Bau ähnlicher emittierender Anlagen wie die geplante KFZ-Schredder-Anlage auf dem Olsberg-Gelände.

Die DKP unterstützt die Aktivitäten der Bürgerliste Nord und die betroffenen Bürger im Kampf gegen die Anlagen und damit gegen die Verschlechterung der Lebenssituation.

## Unsere Atemluft ist keine Mülldeponie! Dieses Gebiet ist betroffen:



### Harmuth-Gutachten: Ein äußerst mieser Beigeschmack

„...dass keine erhebliche Schädigungen an Menschen und Natur zu erwarten sind.“

(Bürgerversammlung 22.02.2007/Zeche Levin in Dellwig).

Diese Wortspielereien stehen wohl in jedem derartigen Betreiber-Gutachten. Damit sichert sich der Aussteller zu allen Seiten hin ab. Er hat für den Fall der Fälle eine Schädigung nicht ausgeschlossen. Keine erhebliche Schädigung hört sich doch besser an als eine unerhebliche Schädigung.

Also: Eine Schädigung ist demnach nicht ausgeschlossen!

„Da läuft es einem kalt den Rücken runter“ kommentierte Herr Pfahl vom Bürger- und Verkehrsverein Dellwig diesen Satz. Darauf Harmuth-Prokurist Husemann: „Es sei eine Frage der Grenzwerte.“

Wie das mit den „Grenzwerten“ aussieht ist uns aber hinreichend bekannt:

In Sachen Feinstaub wurde der Grenzwert einfach erhöht, damit die Verursacher ihr Gift noch profitabler in die Luft blasen können.

## Ich will

- mehr Infos über die DKP
- die Zeitung der DKP kennenlernen
- Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:  
 DKP-Essen • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen  
 Tel.: 0201-23 56 45 • www.dkp-essen.de  
 E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de



## Pfingstcamp 2007 der DKP im Bürgerpark Kuhlhoffstraße

26.-28.5.07, 22 Euro incl. Verpflegung, Thema: **Wir machen Zirkus!!!**

Kinder im Alter von 6-13 Jahren, werden in Zelten untergebracht,

Anmeldung unter DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Tel.: 0201/22 51 47

Vorn./Name des Kindes: \_\_\_\_\_ Geburtstag: \_\_\_\_\_

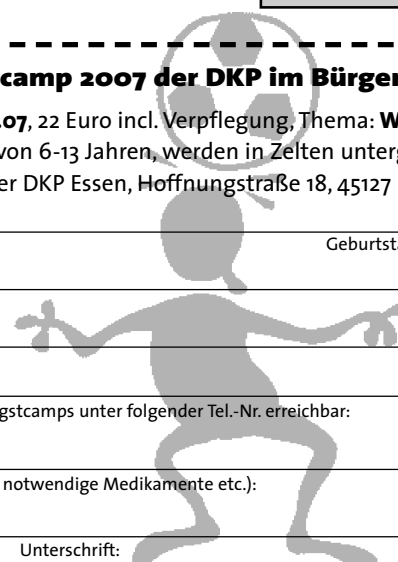
Straße/Hausnummer: \_\_\_\_\_

PLZ Ort: \_\_\_\_\_

Ich bin während des Pfingstcamps unter folgender Tel.-Nr. erreichbar: \_\_\_\_\_

Bemerkungen (Allergien, notwendige Medikamente etc.): \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



# Hartz-IV: Zwangsumzüge dienen nur den Immobilienhaien und Wohnungsspekulanten!

Die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen will 26.200 Personen per Ratsbeschluss zum Umzug zwingen, weil ihre Wohnungen angeblich zu teuer seien. Sie hat bei der Bestimmung der Mietobergrenze von 217,50 einen uralten Mietspiegel zu Grunde gelegt. Der DKP-Ratsherr Patrik Köbele: „Es sind wieder einmal die Ärmsten und Verletzlichsten, die durch die kapitalistenfreundliche Politik der Ratsmehrheit gequält werden: Arbeitslose, ältere Menschen, Frauen, Vorschul- und Schulkinder. Diese Menschen sind durch die reaktionären Hartz-IV-Gesetze ohnehin von jeglicher Teilhabe am materiellen und kulturellen Reichtum ausgeschlossen. Jetzt sollen ihnen auch noch ihre sozialen Umgebung, ihre Nachbarn, Freunde und Verwandte genommen werden.“

## ... und Sanierung auf Kosten der Arbeitsuchenden

Diese Politik der Ratsmehrheit, die nicht die Arbeitslosigkeit und Armut, sondern die Arbeitslosen und Armen bekämpft, wird zur weiteren Gettoisierung führen und das bereits vorhandene Gefälle zwischen Nord und Süd in der Stadt enorm vergrößern. DKP-Ratsherr Patrik Köbele lehnt den Zwangsumzug für Hartz-IV-Empfänger strikt ab, weil das keine Maßnahme gegen Armut und Arbeitslosigkeit ist. Es ist vielmehr dazu ausgeheckt worden, den Heißhunger der Immobilienhaie und Wohnungsspekulanten nach mehr Profit zu befähigen.

So geschehen bei den bisherigen Mieterhöhungen und der beabsichtigten Fusionierung Annington und Gagfa.

Das wird nicht, wie behauptet, zur Entlastung des Haushalts der Kommune führen. Denn die geplanten Zwangsumzüge werden die Kommune und Betroffenen hunderttausende Euros kosten.

Eine Politik aber, die wirklich an der Bekämpfung der Armut interessiert ist, muss dafür sorgen, dass die Löhne und Renten erheblich steigen. „Sie muss“, so Patrik Köbele, „wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ergreifen, damit auch die Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz erhalten.“

## Die Hartz-IV-Gesetze sind Armutszeugnis Deutschlands!

Die Hartz-IV-Gesetze sind im Januar 2005 in Kraft getreten und fassen die vormaligen Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen. Sie gehen auf die Initiative der Koalitionsregierung der SPD und Grünen zurück, wurden aber auch von der CDU/CSU und FDP mit beschlossen. Seit dem werden die Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, mit diesen Gesetze drangsaliert. Es

wird ihnen zunächst die Arbeit genommen. Dann verlieren sie bald darauf ihre Wohnungen, in denen sie oft seit Jahrzehnten leben. Durch diese in jeder Hinsicht menschenfeindlichen Gesetze soll ihnen auch noch die Würde genommen werden. Sie sind, so Patrik Köbele, „ein Armutszeugnis der herrschenden Politik in Deutschland, das eines der reichsten Länder

in der Welt ist“. Er lehnt deshalb die Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze in Essen ab, die die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen in einer astronomischen Geschwindigkeit umsetzt.

Essen wird damit in eine Stadt der Kapitalisten gewandelt. Dies muss verhindert werden, ruft der Ratsherr Patrik Köbele auf: „Essen ist unser!“

# 1. MAI FEIER Jugendzentrum Papestraße

28. April 2007 ★ Beginn: 20.00 ★ Einlass: 19.00 Uhr



- ★ Begrüßung durch Patrik Köbele Ratsherr der DKP
- ★ Singeclub Ernesto Che Guevara
- ★ Bernhard Ringlage DIMO Disko-Mobil mit Tanz bis in den Morgen
- ★ Essen & Trinken zu volkstümlichen Preisen
- ★ Politik & Kultur
- ★ Infos: [www.dkp-essen.de](http://www.dkp-essen.de)
- ★ Vorverkauf 8,- € ★ ermäßigt 6 €



# DKP

**Das Jahr 2007 ist ein Jahr des Bürgerwillens:**

# Jetzt Nägel mit Köpfen machen!



Übergabe der Unterschriftenlisten: Karin Schnittker (Vors. des Essener Mietervereins), Claudia Jetter (attac) und Patrik Köbele (DKP) (v.l.n.r.)

Nachdem die beiden Bürgerbegehren, „Essen ist unser!“ und „Stopp den Masterplan Sport!“, mit 17 000 und 37 000 Unterschriften beim Wahlamt eingereicht worden sind, fordern die Vertretungsberechtigten der Bürgerbegehren Rolf Grotjohann („Masterplan Sport stoppen“) und Patrik Köbele („Essen ist unser“) in einer gemeinsamen Presseerklärung den Rat der Stadt Essen auf, den beiden Bürgerbegehren zu entsprechen. Sie erklären dazu: „Der Bürgerwille ist ein-

deutig, wir fordern den Rat der Stadt Essen auf, diesen Begehren zu entsprechen. Wir danken allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern für ihre Unterstützung.“ Wenn der Rat der Stadt dem eindeutigen Bürgerwillen nicht entsprechen sollte, ruft der Ratscherr der DKP Patrik Köbele die Bürgerinnen und Bürger auf, „Nägel mit Köpfen zu machen“ und die anstehenden Bürgerentscheide in einem gemeinsamen Wahlvorgang zum Erfolg zu führen. Es wird die größte An-

strengung nötig sein, um die erforderlichen 93 000 Ja-Stimmen zu holen.

## **DKP-Ratscherr Patrik Köbele: „Gemeinsam werden wir siegen“**

Der Erfolg der beiden Bürgerbegehren ist ein Dorn im Auge aller bürgerlichen Parteien, die nach dem Grundsatz „Privat vor Staat“ die Sportanlagen schließen und das öffentliche Eigentum zu privatisieren versuchen. Die CDU, Grünen, FDP, aber auch ein großer Teil der SPD-Führung versuchen, den beschlossenen gemeinsamen Kampf der beiden Bürgerbegehren zu spalten. Ratscherr Patrik Köbele: „Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam alle Anstrengungen zu unternehmen und auch in der schwierigsten Zeit zusammenzuhalten und zu kämpfen.“ Selbstverständlich unterstützt die DKP und unsere Ratsfraktion Linke./DKP/AUF die Menschen bei der Sicherung und Wahrung ihrer Interessen. Denn, wenn einmal die Bürgerentscheide mit Erfolg gekrönt sind, ist erstmal der Ausverkauf unserer Stadt gebannt.“ Dann müssen aber die Essenerinnen und Essener darüber wachen, dass ihr öffentliches Eigentum durch die Ratsmehrheit der CDU und Grünen nicht an die profitgierigen Kapitalisten verfüttert wird.

## **Dreiklassiges Bildungssystem: Mit großen Schritten Rückwärts!**

In seiner März-Sitzung will der Rat der Stadt Essen eine von der Schulverwaltung vorgelegte Vorlage beraten und beschließen. Nach dieser Vorlage wird das Drei-Klassen-System auf alle Schulen ausgedehnt. Demnach sollen in Zukunft drei Typen (A, B, C) von offenen Ganztagschulen geben, wobei 60% der Schulen in der C-Klasse zusammengefasst werden. Nur in der A-Klasse, in der 15 % der Schulen erfasst werden, soll es eine rhythmisierte Ganztagsbetreuung geben. Die Schulen, die in der C-Klasse zusammengefasst sind, sollen in die A-Klasse steigen dürfen. Die letzte namentlich nicht

definierte Klasse von 10% soll weiterhin als im Halbtagsbetrieb bleiben. Der Ratscherr der DKP Patrik Köbele sieht in dieser Planung einen großen Schritt rückwärts im Schulsystem und damit auch in der Vermittlung der Bildungsinhalte. Mit diesem Vorgehen will die Schulverwaltung und die Mehrheit des Rates der Stadt Essen die ohnehin vorhandene gesellschaftliche Klassenteilung verfestigen und ausdehnen. Doch Erziehung, Bildung und die entsprechende Betreuung ist ein allgemeines Menschenrecht. Deshalb lehnt Patrik Köbele die Vorlage der Verwaltung ab und fordert un-

eingeschränkter Zugang von allen Kindern zu allen Bildungsmöglichkeiten, damit die Kinder in ihrem entsprechenden Alter selber entscheiden können, welchen Bildungsweg sie einschlagen wollen.

Erzieherinnen und Erzieher sollen in eine andere Gesellschaft ausgegliedert werden.

Das ist für den Personalrat der Stadt Essen, neben der falschen bildungspolitischen Weichenstellung einer der wesentlichen Ablehnungsgründe.

Patrik Köbele: „Wir sind uns mit dem Personalrat völlig einig in der Ablehnung dieser Pläne.“

# FEST DER SOLIDARITÄT

**Volksfest der DKP & UZ ★ 22.-24. Juni 2007  
Dortmund Revierpark Wischlingen**

Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button für 5,- Euro Solidaritäts-Beitrag zu kaufen für den Besuch aller Veranstaltungen. ► Bestellung: Tel. 0201 - 17 78 89 0 Fax 0201-17 78 89 29 E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de



**Konstantin Wecker**